

EXPERTISE

Expertise von Dr. Nicole Hirt (GIGA Hamburg) für das SVR-Jahresgutachten 2020

Stand: Oktober 2019

Bitte zitieren als/Please cite as:

Hirt, Nicole 2019: Forced Migration (erzwungene Migration) aus Eritrea und die transnationalen Strukturen des eritreischen Staates. Expertise im Auftrag des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration für das SVR-Jahresgutachten 2020, Berlin.

Diese Expertise wurde von Dr. Nicole Hirt für das SVR-Jahresgutachten 2020 erstellt, das vom Bundesministerium für Inneres, Bau und Heimat gefördert wurde.

Forced Migration (erzwungene Migration) aus Eritrea und die transnationalen Strukturen des eritreischen Staates

Dr. Nicole Hirt, GIGA Hamburg, Oktober 2019

Email: nicole.hirt@giga-hamburg.de

Inhalt

1. Einleitung
2. Migration aus Eritrea: ein historischer Rückblick
3. Flucht aus Eritrea seit Einführung des zeitlich unbefristeten Nationaldienstes 2002
4. Die etablierte eritreische Diaspora
 - 4.1. Der Nationalismus der zweiten Diasporageneration
5. Die transnationale eritreische Gesellschaft: Gespaltene Diaspora- und Flüchtlingscommunities und ihre Überwachung durch den eritreischen Staat
6. Die Politik der EU gegenüber Eritrea
7. Die Rolle deutscher Institutionen
8. Ausblick: Optionen internationaler Migrationsgovernance
9. Literatur

1. Einleitung

Eritrea ist ein relativ kleines Land an der Rotmeerküste des Horns von Afrika, das erst im Jahr 1993 nach einem dreißig Jahre währenden Befreiungskampf die Unabhängigkeit von Äthiopien erlangte. Vielen Europäern war die Existenz des Landes kaum bekannt, bis die Zahl der Geflüchteten Eritreer*innen im Jahr 2014 sprunghaft von 13.000 im Vorjahr auf 37.000 anstieg. 2015 kamen wiederum ca. 40.000 eritreische Geflüchtete über das Meer; in den Folgejahren ging ihre Zahl aufgrund der europäischen Maßnahmen, Flüchtlinge an der Überquerung des Mittelmeers zu hindern, zurück. Gemessen an der Bevölkerungszahl, die auf ca. vier Millionen geschätzt wird, ist Eritrea das Land, das pro Kopf die meisten Flüchtlinge in Afrika hervorbringt. Ein großer Teil dieser Geflüchteten verbleibt aber in den Nachbarländern

Äthiopien (ca. 180.000) und Sudan (130.000 registrierte eritreische Flüchtlinge; daneben gibt es hunderttausende Personen mit eritreischem Hintergrund, die dort seit Jahrzehnten dauerhaft leben). Auch auf der arabischen Halbinsel arbeiten hunderttausende Eritreer*innen, v.a. in Saudi-Arabien, den Vereinigten Emiraten und Qatar.¹ Wegen der prekären Lebensbedingungen in Äthiopien und dem Sudan versuchen nach wie vor tausende Eritreer*innen, über Libyen nach Europa zu gelangen, wobei sie oftmals Menschenhändlern und –schmugglern in die Hände fallen². Diejenigen, die die Strapazen der Flucht (oft traumatisiert) überstanden haben, erhalten in den meisten europäischen Ländern einen Schutzstatus und integrieren sich in der Regel erfolgreich in die Aufnahmeländer. Innerhalb Europas leben die meisten Eritreer*innen in Deutschland, aber auch in der Schweiz, Schweden, Großbritannien, Norwegen und den Niederlanden gibt es größere eritreische Communities.

2. Migration aus Eritrea: ein historischer Rückblick

Die Geschichte Eritreas ist durch zahlreiche politische Konflikte und Kriege geprägt, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart fühlbar sind. Die ehemalige italienische Kolonie fiel im Zuge des Zweiten Weltkriegs an Großbritannien, das Eritrea von 1941 – 1952 militärisch verwaltete. Nichtsdestotrotz waren diese Jahre die einzigen in der Geschichte des Landes, in der politische Partizipation möglich war: mehrere Parteien sollten sich über Eritreas Zukunftsoptionen auseinandersetzen und es gab eine freie Presse. Teile der Bevölkerung, vor allem die Muslime, die etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, plädierten für die Unabhängigkeit, während die orthodoxen Christen sich lieber dem äthiopischen Kaiserreich anschließen wollten. Schließlich wurde das Land 1962 durch die UNO mit Äthiopien föderiert und 1962 völkerrechtswidrig von Haile Selassie annektiert. Die darauffolgenden Jahre waren vom Unabhängigkeitskampf geprägt, der durch Krieg, Hungersnot und politische Verfolgung zehntausende Menschenleben forderte und eine Million (ca. ein Drittel der Bevölkerung) als Flüchtlinge aus dem Lande trieb³. Zur Zeit der Unabhängigkeit 1993 lebten eritreische Flüchtlinge im Sudan, verschiedenen Staaten des Nahen Ostens, in Europa, Nordamerika und

¹ Hirt, Nicole and Abdulkader Saleh Mohammad (2018), The Lack of Political Space of the Eritrean Diaspora.

² SAHAN/IGAD (2016), Human Trafficking and Smuggling.

³ Reliefweb, Eritrea Country Profile, updated June 2016.

Australien. Die große Mehrheit von ihnen hatte den Unabhängigkeitskampf vom Ausland aus unterstützt. Ein Teil dieser frühen Diaspora favorisierte die Eritrean Liberation Front (ELF), die den Kampf 1961 begonnen hatte, andere waren Anhänger der Eritrean People's Liberation Front (EPLF), die den Kampf seit Mitte der 1980er Jahre dominierte und das Land in die Unabhängigkeit führte.

Auch nach der Unabhängigkeit kam das Land nicht zur Ruhe: schon 1998 geriet es in einen verheerenden Grenzkrieg mit Äthiopien, der bis zu 100.000 Tote forderte und im Jahr 2000 mit einer Niederlage Eritreas endete. Nach dem Waffenstillstand 2000 gingen die Feinseligkeiten jedoch latent weiter, und Eritrea wurde zunehmend repressiv regiert. Heute hat sich die eritreische Nation dauerhaft in eine diasporische Gesellschaft verwandelt; mehr als die Hälfte aller Eritreer*innen leben außerhalb ihres Heimatlandes. Kurz nach der „Befreiung“ des Landes durch die EPLF durch einen militärischen Sieg über die äthiopische Armee hatte noch Euphorie geherrscht; dennoch kehrte nur ein Bruchteil der Kriegsflüchtlinge dauerhaft in die Heimat zurück. Sie behielten jedoch ihr Nationalbewusstsein und betrachteten sich als Teil einer transnationalen eritreischen Gemeinschaft.

Die EPLF übernahm die Regierung des Landes, ohne sich jemals Wahlen zu stellen. 1994 benannte sie sich in People's Front for Democracy and Justice (PFDJ) um, und eine ihrer Hauptanstrengungen galt dem Erhalt der Kontrolle über die Diaspora. Schon vor der offiziellen Unabhängigkeit führte sie 1992 eine Wiederaufbausteuer in Höhe von 2% des Einkommens für alle im Ausland lebenden Eritreer*innen ein und gründete Vereine (die so-geannten *Mahbere.koms*⁴) in allen Städten und Regionen mit signifikanter Diasporabevölkerung, darunter auch in vielen deutschen Städten wie z.B. Frankfurt, Stuttgart, Hamburg, Berlin oder auch Tübingen.

3. Flucht aus Eritrea seit Einführung des zeitlich unbefristeten Nationaldienstes im Jahr 2002

In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit ging die Emigration zurück; selbst während des Grenzkrieges mit Äthiopien flüchteten nur wenige Eritreer*innen ins Ausland, wohingegen eine Million intern vertrieben wurden. Als die Regierung aber im Jahr 2002 den bislang auf 18

⁴ Das Tigrinya-Wort „*Mahber*“ entspricht relativ genau dem deutschen „Verein“.

Monate begrenzten Militär- und Nationaldienst auf unbestimmte Zeit verlängerte, begann ein Massenexodus aus dem Land. In den Jahren vor dem überraschenden Friedensabkommen mit Äthiopien im Jahr 2018 verließen monatlich durchschnittlich 5.000 Personen das Land, obwohl eine legale Ausreise so gut wie unmöglich war – an den Grenzen galten Schießbefehle, ähnlich wie dies zu DDR-Zeiten in Deutschland der Fall war; allerdings sind die Grenzen Eritreas nicht befestigt, weshalb ein Flucht über die Grenze unter beträchtlichen Gefahren möglich war und oft mit Hilfe von Schmugglern bewältigt wurde⁵.

Doch was steckt hinter diesem zeitlich unbefristeten Nationaldienst? Ende des Jahres 2002 verkündete das eritreische Regime eine Entwicklungskampagne, die den Namen „*Warsay-Yikealo*“ trug. In Eritreas meistgesprochener Sprache Tigrinya bedeutet *Warsay* „Erbe“, *Yikealo* bezieht sich auf eine ältere, weise Person- in diesem Zusammenhang ein Verweis auf die Kämpfergeneration. De facto ist die Kampagne ein Synonym für die Verlängerung des Militär- und Nationaldienstes auf unbestimmte Zeit. Zuvor hatte Eritreer*innen ein sechsmonatiges Militärtraining durchlaufen, um dann ein Jahr in Wiederaufbauprojekten zu arbeiten. Seit 2002 müssen Eritreerinnen von 18 bis etwa 27 Jahren und für Männer ab 18 bis 50 oder 60 Jahren im Nationaldienst arbeiten. Die militärische Komponente spielt hierbei nur eine untergeordnete Rolle; vielmehr entwickelte sich der Dienst zu einem System der Zwangsarbeit. Die Rekruten arbeiten für ein Taschengeld auf Landwirtschaftsplantagen, die von hochrangigen Militärs geführt werden oder im Bausektor, der von der PFDJ beherrscht wird, seit sie 2006 allen privaten Bauunternehmen die Lizenz entzogen hatte. Auch in der Verwaltung sind Nationaldienstpflichtige tätig, ebenso im Gesundheitswesen und als Lehrer. Der Bevölkerung wird so die Freiheit genommen, über ihre Tätigkeit und ihren Aufenthaltsort selbst zu entscheiden; Familien werden getrennt und sehen sich oft nur einmal im Jahr. Dissertation und Überziehung der Urlaubszeit werden durch Straflager geahndet⁶. Eritreer*innen dürfen ihr Land nicht legal ohne Exit-Visum verlassen, das für Dienstpflichtige nicht zu haben ist, selbst Kinder erhalten oft kein Visum, damit sie nicht vor ihrer Einziehung fliehen. Auch innerhalb des Landes ist die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt.

⁵ UN News, 24. Juni 2015, Thousands of Civilians Fleeing ‘Rule of Fear’ in Eritrea.

⁶ Hirt, Nicole and Abdulkader Saleh Mohammad (2013), “Dreams Don’t Come True in Eritrea”; Kibreab, Gaim (2009), Forced Labour in Eritrea.

Die Kampagne ging zudem mit der Militarisierung des Schulsystems einher: es wurde ein 12. Schuljahr eingeführt, das alle Schüler*innen im Militärcamp Sawa ableisten müssen, wo sie eine militärische Ausbildung erhalten und politisch im Sinne der PFDJ indoktriniert werden. Im Jahr 2019 wurde mit einigem Pomp das 25-jährige Jubiläum des Camps gefeiert⁷, in dem die Schüler*innen, die noch minderjährig sind, in riesigen Hallen ohne jegliche Privatsphäre untergebracht sind und militärischer Disziplin unterworfen sind⁸. Nur ein kleiner Teil darf danach an den Colleges des Landes weiterstudieren; die einzige Universität in Asmara wurde 2006 geschlossen. Die große Mehrheit der Jugendlichen bleibt im Militär- bzw. Nationaldienst, wo einige dann eine einfache Berufsausbildung erhalten, oder einfach nur harte körperliche Arbeit verrichten. Die Collegeabsolventen werden zunehmend als Lehrer eingesetzt, oft in Fächern, die sie gar nicht studiert haben. Die Dienstleistenden erhalten zwar ein geringfügiges Taschengeld oder „Gehalt“, das aber nicht zum Lebensunterhalt oder gar zur Familiengründung ausreicht. Der einzige Ausweg ist für die meisten die Flucht aus dem Lande, was zu einem beispiellosen Exodus über die letzten zwei Jahrzehnte geführt hat. Viele Minderjährige überqueren die Grenzen, um gar nicht erst zum Nationaldienst eingezogen zu werden.

Ein weiteres Fluchtmotiv ist die ungleiche Behandlung eritreischer Staatsangehöriger innerhalb und außerhalb des Landes durch die Regierung. Während Eritreer*innen im eigenen Land keinerlei Rechte genießen und im Nationaldienst gefangen sind, zeigt sich der Staat gegenüber der Diaspora freundlicher, um sie als loyale Unterstützer zu gewinnen. Dazu werden Festivals veranstaltet, führende Politiker bereisen die Diaspora und halten Reden, und der Jugend wird vermittelt, wichtig für die Nation zu sein. Diese Zwei-Klassen-Staatsbürgerschaft bewirkt, dass Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa temporär auf alle Rechte verzichten, danach aber nach Erlangung eines Flüchtlings- oder Asylstatus' in die „höhere Klasse“ der Diaspora-Mitgliedern aufzusteigen⁹.

Die Militarisierung der Gesellschaft ging auch einher mit einer Änderung der Wirtschaftsstruktur. Zur Zeit der Unabhängigkeit hatte die EPLF das sozialistische System der

⁷ Tesfanews, 2. August 2019: Sawa: Silver Jubilee of National Service Celebrated.

⁸ Human Rights Watch (2019), They are Making Us into Slaves, not Educating Us.

⁹ Pool, Amanda (2013), Ransoms, Remittances, and Refugees.

Militärregierung übernommen, die alle größeren Betriebe verstaatlicht hatte. Eritrea war nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund massiver italienischer Investitionen (die gleichwohl das Ziel der kolonialen Expansion nach Äthiopien verfolgten) unter den am meisten industrialisierten Gebieten Afrikas; allerdings haben seither alle Regierungen einschließlich der jetzigen die vorhandene Substanz geschädigt, anstatt sie zu erhalten und auszubauen. Gleichzeitig leben etwa 80% der Bevölkerung als Subsistenzbauern oder Nomaden auf dem Lande. Die Regierung plante zunächst eine vorsichtige Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft, wobei der Finanzchef der PFDJ stets die totale Kontrolle über die Wirtschaft, den Handel und den Finanzsektor behielt. Etliche Diaspora-Eritreer*innen, die gehofft hatten, in wachsende Märkte investieren zu können, wurden enttäuscht und verließen das Land wieder. Nach dem Grenzkrieg und der Einführung der Warsay-Yikealo-Kampagne verschlechterte sich die Situation weiter. Im Jahr 2005 wurden alle NRO und ausländischen Entwicklungsorganisationen aus dem Lande verwiesen, 2006 alle privaten Bautätigkeiten verboten. Die Stadtbewohner hatten nur noch die Möglichkeit, Klein- und Kleinstgeschäfte zu betreiben; selbst der Umsatz von kleinen Cafés oder Lebensmittelläden wird genau kontrolliert; Bargeldabhebungen sind auf ein Minimum begrenzt, ein modernes Banksystem mit Kreditkarten und elektronischem Zahlungsverkehr gibt es nicht.

Was von der Wirtschaft noch übrig ist, wird unter den Machthabern der politischen Elite verteilt: die PFDJ hat den Bausektor monopolisiert und kontrolliert Importe und Exporte sowie private Geldtransfers. Das Militär agiert nicht als eigenständige Institution, sondern wird von mehreren Generälen gemanagt, die sich durch die Arbeit der Rekruten sowie durch Waren- und Menschenschmuggel bereichern¹⁰. Diese Form der Kommandoökonomie führte zu einem chronischen Warenmangel – selbst Alltagsprodukte wie Zucker, Speiseöl oder Kerosin zum Kochen sind knapp und die Strom- und Wasserversorgung unregelmäßig. Den meisten Menschen ist es nicht möglich, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sie sind von regelmäßigen Überweisungen aus der Diaspora angewiesen. Die Diaspora und die Flüchtlinge tragen somit nicht nur etwas ein Drittel zum eritreischen Staatshaushalt bei¹¹, sondern stellen das

¹⁰ United Nations, Security Council (2010), Report of the Monitoring Group on Somalia and Eritrea submitted in accordance with resolution 1916 S/2011/433.

¹¹ Styan, David (2007), Discussion Paper.

Überleben ihrer Angehörigen sicher¹². Man kann somit sagen, dass das eritreische Regime sehr geschickt die Verbundenheit der eritreischen Familienverbände ausnutzt, um sich von der Pflicht zu befreien, wirtschaftliche Bedingungen zu schaffen, die ein Überleben aus eigener Kraft ermöglichen. Es gibt keinerlei soziales Netzwerk im Lande, und die Nationaldienstrekruten können kaum sich selbst, geschweige denn ihre Familie und älteren Verwandten über die Runden bringen.

Über den zeitlich unbefristeten Nationaldienst als Hauptfluchtursache wurde in den letzten Jahren einiges geschrieben.¹³ Wenig bekannt ist allerdings, dass der Exodus der Jugend aus dem Lande sich stabilisierend auf das autokratische System auswirkt: der Staat hat die gesamte Gesellschaft militarisiert, selbst über 70-Jährige müssen als Nachbarschaftsmilizen patrouillieren und Militärtrainings unterlaufen; die Regierungspartei kontrolliert die Kommandowirtschaft, wobei Parteikader und hochrangige Militärs sich an der unentgeltlichen Arbeit der Rekruten bereichern. Diese werde wiederum aus dem Ausland von ihren Verwandten in der Diaspora alimentiert, ebenso wie Alte, Kranke und Frauen mit kleinen Kindern.

4. Die etablierte eritreische Diaspora

Die etablierte eritreische Diaspora¹⁴ war in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit durch die politische Spaltung zwischen ELF- und EPLF-Anhängern charakterisiert. Die ELF hatte 1961 den Unabhängigkeitskampf begonnen, war aber in den 1980er Jahren von der EPLF besiegt

¹² Die Autorin und ihre Kollege A.S. Mohammad interviewten im Rahmen eines Forschungsprojekts 2018/19 achtzig Diasporaeritreer*innen und Geflüchtete in Deutschland, Norwegen, Schweden und Großbritannien. Alle Angehörige der Diaspora und 80% der Geflüchteten gaben an, regelmäßig Geld nach Hause zu überweisen, das nicht etwa wirtschaftlichen Investitionen dient, die im gegenwärtigen System nicht möglich sind, sondern lediglich den Lebensunterhalt sichern soll.

¹³ Hirt and Mohammad (2013), "Dreams Don't Come True in Eritrea"; Kibreab (2017), *The Eritrean National Service. Servitude for the 'common good' and the mass exodus*; Evangelisches Missionswerk (2015): *Eritrea: von der Befreiung zur Unterdrückung*.

¹⁴ Als etablierte Diaspora bezeichne ich die Generation der ehemaligen Flüchtlinge des Unabhängigkeitskampfes, die sich dauerhaft im Ausland etabliert haben und die in Europa, Nordamerika und Australien ganz überwiegend die Nationalität ihres Aufnahmelandes angenommen haben, sowie deren Nachkommen.

und in den Sudan vertrieben worden; im Ausland bestand sie jedoch weiter. Die ELF wurde innerhalb Eritreas nicht als Oppositionsgruppe zugelassen und ihren Anhängern war ein Besuch des Heimatlandes aus Angst vor Verfolgung verwehrt. EPLF-Anhänger fuhren dagegen gerne in den Urlaub nach Hause, zogen aber die soziale Sicherheit ihrer neuen Heimat einer Rückkehr ins Ungewisse vor. Nach dem verlustreichen und von vielen als sinnlos empfundenen Grenzkrieg entstand in Eritrea eine politische Reformbewegung, und prominente PFDJ-Mitglieder forderten demokratische Wahlen und die Begrenzung der Macht des Präsidenten Isaias Afewerki, der als früherer Chef der EPLF das Land regierte, ohne sich jemals Wahlen gestellt zu haben. Auch die 1997 ratifizierte Verfassung sollte implementiert werden; die aufkeimende freie Presse setzte sich ebenfalls für Reformen ein. Der Präsident ließ jedoch im September 2001 alle Widersacher ins Gefängnis werfen und entmachtete die Justiz. Seither regiert er mit einem kleinen Beraterkreis autokratisch und mit harter Hand.

In dieser Zeit nahmen auch in der Diaspora kritische Stimmen zu, und ein Teil der früheren PFDJ-Unterstützer distanzieren sich und riefen neue Parteienkoalitionen ins Leben. Heute existieren mehr als dreißig Oppositionsparteien im Exil. Sie prangern die Menschenrechtsverletzungen des Regimes an und gedenken der tausenden politischen Gefangenen, die teils seit Jahrzehnten ohne Anklage und Prozess in Haft sind¹⁵. Allerdings ist die Opposition entlang ethnischer, religiöser und regionaler Linien gespalten, instabil und von internen Konflikten gezeichnet. Daher hat sie bislang keinen gangbaren Weg gefunden, das Regime in Asmara zu schwächen oder gar zu Fall zu bringen¹⁶.

Es gibt jedoch auch bis zum heutigen Tag noch viele Regierungsanhänger in der Diaspora, die das autokratische System unterstützen. Es gelang der Regierung, ein Narrativ zu entwickeln, nach dem Eritrea als heroische Nation ständig gegen internationale Verschwörungen kämpft und schon seit der Föderation mit Äthiopien 1952 von den Großmächten verraten wurde. Auch für den Zustand des Kalten Krieges mit Äthiopien nach dem Jahr 2000 wurde eine US-amerikanisch-äthiopische Verschwörung verantwortlich gemacht. Die Diaspora war demnach in der Pflicht, durch die Zahlung der Diasporasteuer und anderer Abgaben und Spenden das Regime zu unterstützen, um die Existenz der Nation zu gewährleisten.

¹⁵ Hirt, Nicole (2015), *The Eritrean Diaspora and its Impact on Regime Stability*.

¹⁶ Mohammad, Abdulkader Saleh and Kjetil Tronvoll (2015), *Eritrean Opposition Parties and Civic Organisations*.

4.1. Der Nationalismus der zweiten Diaspora-Generation

Seit der Unabhängigkeit ist eine neue Generation in der Diaspora geboren und aufgewachsen, von denen die meisten sich selbst als Eritreer*innen identifizieren, auch wenn sie eine andere Staatsangehörigkeit haben. Sie praktizieren einen „Nationalismus aus der Ferne“, in dem auch anti-demokratische Einstellungen, zumindest in Bezug auf das Heimatland, gedeihen¹⁷. Die eritreische Regierung war sich der Bedeutung dieser neuen Generation bewusst und gründete 2004 die Young PFDJ (YFPDJ) als eine nur in der Diaspora aktive Jugendorganisation, die junge Diaspora-Eritreer*innen auf Festivals und Seminaren indoktriniert. Die Organisation ist vor allem für Jugendliche attraktiv, die sich in der Aufnahmegesellschaft als Bürger zweiter Klasse fühlen, und sich mit der Rolle des heroischen Kämpfers für Eritreas gefährdetes nationales Projekt identifizieren.

Es gibt keine Zahlen über die jeweilige politische Zugehörigkeit in der eritreischen Diaspora; es kann jedoch vermutet werden, dass die Zahl der Regierungsunterstützer zurückgegangen ist, seit vermehrt über Menschenrechtsverletzungen in Eritrea berichtet wird. Dies steht u.a. in Zusammenhang mit der Verhängung von Sanktionen gegen das Land 2009 und 2011 aufgrund der Unterstützung militanter Gruppen am Horn von Afrika. Gleichzeitig kam es in den letzten Jahren zu einer Polarisierung zwischen Regimeunterstützern und Regimegegnern¹⁸.

Auch der Arabische Frühling von 2011 färbte auf die Diaspora ab und zahlreiche neue zivilgesellschaftliche Organisationen wurden gegründet, wie z.B. Human Rights Concern Eritrea, „Arbi Harnet“ (Freedom Friday), eine Organisation, die auch Eritreer*innen im Lande zu organisieren versucht, oder Eritrean Youth Solidarity for Change. Seit dem Friedensschluss mit Äthiopien entstand die #Yiak! Oder #Kifaya! (#Genug!) - Bewegung, die sich als Grassroot-Bewegung rasch ausbreitete und (u.a. durch selbst aufgenommene Handyvideos von Sympathisanten) entschieden politische Reformen in Land fordert, nachdem die äthiopische Kriegsbedrohung seit 2018 weggefallen ist. In Deutschland organisiert United4Eritrea

¹⁷ Lyons, Terrence and Peter Mandaville (2012), Introduction: Politics from afar: Transnational diasporas and networks.

¹⁸ Hirt, Nicole (2015), The Eritrean Diaspora, S. 19.

zahlreiche Veranstaltungen. Die meisten jungen Leute können mit den älteren Oppositionsparteien nichts anfangen, die über die Jahre mehr zum Selbstzweck geworden sind, als tatsächliche Veränderungen anzustreben.

Sowohl Regierungsunterstützer als auch Regierungsgegner nehmen regelmäßig an Demonstrationen teil, z.B. gegen oder für die Verhängung der Sanktionen im Jahr 2009 oder anlässlich des 2015 veröffentlichten Berichts der "UN Commission of Inquiry on Human Rights in Eritrea", der gravierende Menschenrechtsverletzungen im Lande feststellte und die Regierung möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezichtigte. Regierungsgegner begrüßten das Ergebnis, während ihre Freunde den UN-Bericht als Angriff auf die eritreische Nation verurteilten¹⁹.

5. Die transnationale eritreische Gesellschaft: Gespaltene Diaspora- und Flüchtlings-Communities

In transnationalen Gesellschaften wie der eritreischen werden politische Prozesse signifikant durch Diaspora-Communities beeinflusst. Die Regierung wiederum betrachtet die Diaspora als Lieferant materieller Ressourcen und als Lobby-Instrument. Oppositionsgruppen haben in der Diaspora einen größeren Handlungsspielraum als im Land, wobei diese innerhalb Eritreas seit der Unabhängigkeit komplett verboten sind. Es muss aber beachtet werden, dass oppositionelle Akteure nicht grundsätzlich demokratisch sind, und anti-demokratisches Verhalten in Teilen der Diaspora floriert²⁰. Um nationalistische Gefühle in der Diaspora aufrechtzuerhalten, werden kulturelle Symbole durch Musik, Kunst und Literatur übermittelt, die zur Schaffung einer imaginären Gemeinschaft beitragen. Solche Gemeinschaften sind aber oft nicht homogen, sondern oft entlang ideologischer, religiöser und ethnischer Differenzen gespalten²¹. Sie haben entweder die Macht, politische Reformen im Heimatland zu fördern, oder die Macht autoritärer Regime zu zementieren.

¹⁹ Eritrean Smart.org (2015), Demonstration against all hostilities, 22 June Geneva.

²⁰ Terrence Lyons and Peter Mandaville (2012), Introduction.

²¹ Höhne M. V., D. Feyissa, and M. Abdille (2011), Somali and Ethiopian diasporic engagement for peace.

Die eritreische Diaspora umfasst inzwischen mindestens die Hälfte aller eritreischen Staatsbürger.²² Sie umfasst die ca. eine Million Menschen, die während des Unabhängigkeitskrieges aus dem Lande flüchteten,²³ sowie deren Nachkommen und ist über alle Kontinente verteilt. Auch die Hunderttausenden, die seit 2002 aus dem Land geflüchtet sind, werden aller Voraussicht nach dauerhaft im Ausland bleiben und sich mit der existierenden Diaspora verbinden. Die transnationale Ausrichtung der eritreischen Gesellschaft kommt dadurch zum Ausdruck, dass zwischen den außerhalb des Landes Lebenden und den Eritreer*innen im Lande enge wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen bestehen.

5.1. Das transnationale Überwachungssystem der Regierung

Die Transnationalisierung begann schon vor der Unabhängigkeit, als die EPLF in den 1970er Jahren damit begann, die damaligen Kriegsflüchtlinge in Massenorganisationen für Arbeiter und Frauen zu organisieren. Sie etablierte sich selbst als transnationale Organisation, die aus einem politischen Apparat und rund um den Globus aktiven Massenorganisationen bestand. Diese organisierten Festivals, Seminare und Informationsveranstaltungen, welche die Verbindung zwischen den Geflüchteten und der Befreiungsfront stärkten. Die EPLF behauptete, nicht nur für die Unabhängigkeit Eritreas als Staat zu kämpfen, sondern gleichzeitig für die soziale Befreiung und die Gleichheit von Mann und Frau sowie für die Gleichberechtigung aller neun ethnischen Gruppen des Landes. Gleichzeitig wurden unabhängige politische Diasporaorganisationen systematisch unterwandert und zerstört²⁴.

²² Nach eritreischem Recht sind alle Personen eritreische Staatsbürger, die von mindestens einem eritreischen Elternteil abstammen – es gilt also ähnlich wie in Deutschland das *ius sanguis*. Das bedeutet, dass Eritreer*innen ihre Staatsbürgerschaft nicht verlieren, wenn sie diejenige ihres Aufnahmelandes annehmen. Auch im Ausland geborene Abkömmlinge der ersten Flüchtlingsgeneration sind eritreische Staatsangehörige, obwohl der Großteil eine „westliche“ Staatsbürgerschaft innehat.

²³ World Bank (1994), Eritrea: Options and strategies for growth, S. ii.

²⁴ Redeker Hepner, Tricia (2008), Transnational governance and the centralization of state power, S. 477; Radtke, Katrin (2009), Mobilisierung der Diaspora.

²⁶ Khalid Koser, Mobilizing new African diasporas: An Eritrean case study, S. 113.

1989 wurden die Massenorganisationen durch scheinbar unpolitische Gemeinschaften oder Vereine, die so genannten *Mahbere-koms* ersetzt, die bis heute an allen Orten mit größerer Diaspora-Präsenz zu finden sind. Nach der De-facto-Unabhängigkeit 1991 als Folge des Zusammenbruchs des äthiopischen Militärregimes führte die aus der EPLF hervorgegangene Regierung eine Wiederaufbausteuer in Höhe von zwei Prozent für alle Diaspora-Mitglieder ein. Hierbei machte es keinen Unterschied, ob diese formal eritreische Staatsbürger waren oder eine andere Staatsangehörigkeit angenommen hatten. Unerheblich war auch, ob es sich um Erwerbseinkommen oder Sozialleistungen handelte. Es bestand ein hoher sozialer Druck, diese Steuer zu bezahlen, da viele Diaspora-Eritreer*innen unter Schuldgefühlen litten, nicht aktiv am Befreiungskampf teilgenommen zu haben und sich emotional stark mit dem Heimatland verbunden fühlten²⁵. Die meisten glaubten zu Anfang auch an einen raschen Wiederaufbau und zahlten ihren Anteil gerne.

Als 1998 der Grenzkrieg ausbrach, intensivierte die Regierung ihre Bemühungen, die Diaspora zu mobilisieren stark, da sie zur Finanzierung des Krieges benötigt wurde. Es wurden Staatsanleihen verkauft, Spenden gesammelt und im Ausland lebende Eritreer*innen waren gehalten, ein Monatsgehalt für die Landesverteidigung zu spenden. Organisiert wurden die Aktionen durch die eritreischen Botschaften und Konsulate und die *Mahbere.koms*²⁶. Das Nationalbewusstsein der Diaspora wuchs vorübergehend stark an, nach Kriegsende 2000 machte sich aber Ernüchterung breit, da Eritrea den Krieg militärisch verloren hatte und der Mythos, die EPLF sei unbesiegbar, nicht länger galt. Hinzu kam die politische Krise von 2001, als Präsident Isaias alle Reformkräfte ins Gefängnis werfen ließ, die freie Presse schloss und sich weigerte, Wahlen abzuhalten oder die Verfassung zu implementieren. Nicht nur im Lande selbst, sondern auch in der Diaspora baute das Regime ein Netz von Informanten auf, die aufkommende Kritik registrieren, die Kritiker der Botschaft melden und somit Angst und Misstrauen verbreiten sollten²⁷.

²⁵ Conrad, Bettina (2010), "We are the prisoners of our dreams", S. 19.

²⁶ Redeker Hepner (2008), Transnational governance; Samia Teclé (2012), The paradoxes of state-led transnationalism; Koser, 'Mobilizing new African diasporas'; eigene Beobachtungen der Verfasserin in Deutschland 1998-2000.

²⁷ Koser, 'Mobilizing new African diasporas'; eigene Beobachtungen der Verfasserin in Deutschland.

Dennoch hat sich die politische Landschaft in der Diaspora seit dieser Zeit diversifiziert. Neben den traditionellen EPLF- und ELF-Anhängern gründeten desillusionierte PFDJ-Mitglieder die Eritrean Democratic Party (EDP), und in den darauffolgenden Jahren kamen verschiedene zivilgesellschaftliche und Menschenrechtsorganisationen hinzu. Als Gegengewicht gründete die Regierung im Jahr 2004 die Young PFDJ (YFPDJ), die die jüngeren Diaspora-Eritreer*innen der zweiten Generation bei der Stange halten sollte. Es gibt tiefe Risse zwischen der Diaspora-Jugend und den neu ankommenden Flüchtlingen. Junge Regierungsunterstützer in der Diaspora betrachten diese teilweise als Verräter, die vor dem Nationaldienst geflüchtet sind – freilich ohne jemals selbst die Absicht zu haben, nach Eritrea zurückzukehren, um dort selbst den Dienst abzuleisten.

Man kann die heutige Diaspora grob in vier Gruppen unterteilen: die permanent im Exil Lebenden – meist ELF-Anhänger, denen eine Rückkehr seit der Unabhängigkeit verwehrt blieb; frühere EPLF/PFDJ-Unterstützer, die sich von der Regierung losgesagt haben und nun auch permanent im Exil leben sowie die Gruppe der seit 2002 vor dem Nationaldienst Geflüchteten. Daneben gibt es noch eine Gruppe, die keine enge Bindungen mehr an die Heimat hat und sich politisch nicht engagiert. Diese vier Gruppen sind jeweils noch entlang ihrer ethnischen, religiösen und regionalen Zugehörigkeit zersplittert, weshalb es bislang auch noch keine Organisation geschafft hat, die Regierung ernsthaft herauszufordern.

Der geringe Erfolg der Regierungsgegner liegt zum Teil aber auch an den geschickten Strategien des eritreischen Regimes, die Diaspora mit subtilen Methoden zu kontrollieren. Zum einen fördert es den „Long-Distance Nationalism“²⁸ durch satellitengestützte Übertragungen des Staatsfernsehens EriTV, die offizielle Webseite shabait.com, sowie mehrere diaspora-basierte Internetseiten wie madote.com oder tesfanews.com. Auch Twitter und Facebook werden von Regierungsunterstützern zur Indoktrinierung verwendet und die YFPD trägt ihren Teil bei. Viele Diaspora-Eritreer*innen fühlen sich ihrer Regierung gegenüber loyal, da sie von ihrer Legitimität überzeugt sind. Diese Legitimität leitet sich für sie vor allem aus dem siegreichen Unabhängigkeitskampf mit all seinen Opfern ab. Viele von ihnen haben durch ihre eigene Flucht, den Verlust von Angehörigen und materielle Opfer selbst gelitten, und mögen nicht an die Vergeblichkeit dieser Opfer glauben, die ein Scheitern des Regimes

²⁸ Anderson, Benedict (1983), *Imagined Communities*.

implizieren würde. Zudem hat es die EPLF/PFDJ stets verstanden, auch konstruktive Kritik als „Verrat“ zu brandmarken. Es wird eine Einigkeit von Volk, Nation und Regierung heraufbeschworen, so dass durch Kritik an der Regierung vermeintlich das Zusammenbrechen der Nation heraufbeschworen wird.²⁹ Überzeugte Regierungsunterstützer folgen Präsident Isaias bis heute unter dem Slogan „*Nsu nehna, nehna nsu*“ („Er ist wir, wir sind er“).

Als im Jahr 2015 die Commission of Inquiry on Eritrea (COIE) in ihrem Bericht, der auf hunderten Zeugenaussagen von Eritreer*innen im Exil beruhte (Zugang zum Land war ihr nicht gewährt worden), die Regierung unzähliger Menschenrechtsverletzungen bezichtigte, wurde dies von Regierungsunterstützern als „Angriff auf das eritreische Volk“ bezeichnet. Die Logik dahinter: die Regierung Eritreas ist untrennbar mit dem Volk verbunden; deshalb bedeutet Kritik an der Regierung Verrat, und die Personen, die mit der COIE zusammengearbeitet hatten, wurden demzufolge als Landesverräter gebrandmarkt.

5.2. Die Diasporasteuer und der „Reuebrief“

Das eritreische Regime leidet aufgrund seiner desaströsen Wirtschaftspolitik unter ständiger Finanzknappheit. Es erzielt Einnahmen aus dem Rohstoffexport, undurchsichtigen wirtschaftlichen Aktivitäten sowie durch wechselnde strategische Verbündete, momentan hauptsächlich Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die eine Militärbasis in Eritrea betreiben. Daneben ist die Diaspora eine willkommene ständige Einnahmequelle. Da die Regierung seit der Unabhängigkeit nie einen Staatshaushalt veröffentlicht hat, ist nicht bekannt, welche Summen durch die Diasporasteuer und andere Spenden und Abgaben in die Staatskasse fließen. Die Weltbank und der IMF haben hierzu folglich auch keine Zahlen veröffentlicht. Eritreische Exil-Wissenschaftler, die Zugriff auf Regierungsdaten hatten, gaben Mitte des letzten Jahrzehnts an, dass Rücküberweisungen etwa ein Drittel des Staatshaushaltes ausmachten³⁰.

²⁹ Sie hierzu ausführlich Conrad, Bettina 2005

³⁰ Fessehazion, Tekle (2005), *Eritrea's Remittance-Based Economy*; Kibreab, Gaim (2007), *The Eritrean Diaspora*.

Der konkrete politische Einfluss der Diaspora auf die Regierung in Asmara blieb trotz ihres erheblichen finanziellen Beitrages gering, und es entwickelte sich zunehmende Frustration über die finanziellen Erwartungen der Regierung.³¹ Es gelang der zerstrittenen Diaspora auch nicht, die zunehmende Autokratisierung ihres Heimatlandes zu verhindern, weshalb sie von eritreischen Kritikern als „toothless cash cow“ beschrieben wurde.³²

Aber warum zahlten auch Eritreer*innen, die vom Verhalten ihrer Heimatregierung enttäuscht waren, weiterhin die Steuer? Hierzu muss man wissen, dass die eritreischen Botschaften rund um die Welt seit 1992 akribisch alle geleisteten Zahlungen aufzeichnen. Hat man seit diesem Zeitpunkt alle Steuern entrichtet, erhält man eine „Clearance“, die immer dann benötigt wird, wenn Dienstleistungen der Botschaft oder der Behörden in Eritrea benötigt werden, etwa für die Ausstellung von Geburts- und Heiratsurkunden, den Landerwerb in Eritrea, oder die Verlängerung von Reisepässen. Daher sind zum Beispiel die mehr als 100.000 Eritreer*innen, die in arabischen Ölstaaten arbeiten, gezwungen, die Steuer zu zahlen, da sie sich dort nicht einbürgern lassen können. Sie benötigen einen gültigen Pass ihres Heimatlandes, um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Zusätzlich werden regelmäßig Spenden für Angehörige von Märtyrern (so die offizielle eritreische Bezeichnung für Kriegsgefallene) gesammelt. Zudem können im Ausland lebende Eritreer*innen gegen Devisen Land kaufen und sich bei Wohnbauprojekten einkaufen, die aber häufig nicht fertiggestellt wurden.

Während viele Regierungsunterstützer, die in demokratischen Ländern leben, die Steuer mehr oder weniger freiwillig zahlen, ist bei anderen ein höheres Maß an Zwang vonnöten: Zum einen fürchten viele, dass bei Nichtzahlung Druck auf ihre Angehörigen im Land ausgeübt werden könnte: sie könnten ihre Geschäftslizenzen verlieren oder keinen Zugang zu Nahrungscoupons erhalten. Andere besitzen selbst Land oder wollen eine Erbschaft innerhalb Eritreas antreten. Auch dies ist nur im Besitz einer „Clearance“ möglich. Darüber hinaus gibt es mannigfaltige Gründe, die den Besitz einer „Clearance“ erfordern. Nur ein Beispiel: auch überzeugte Regierungsgegner sehen sich gezwungen, die Steuer über Jahre nachzuzahlen, um

³¹ Koser, Khaled (2003), 'Mobilizing new African Diasporas', S. 120–21.

³² Kibreab, Gaim (2007), 'The Eritrean Diaspora', S. 111.

den Wunsch ihrer im Ausland verstorbenen Großeltern nachzukommen, in Eritrea beerdigt zu werden – auch hierfür muss eine „Clearance“ vorgezeigt werden.

Geflüchtete, die Dienstleistungen von eritreischen Behörden benötigen, wie etwa die Ausstellung einer Geburtsurkunde, sind gehalten, einen „Reuebrief“ zu unterschreiben, in dem sie ihr Bedauern kundtun, Eritrea illegal verlassen zu haben und im Falle ihrer Rückkehr jegliche Bestrafung zu akzeptieren, die die Regierung für angebracht hält. Zudem erklären sie sich bereit, fortan regelmäßig die Diasporasteuer zu bezahlen.

Im Gegensatz zu anderen Staaten mit großer Diaspora wie zum Beispiel Liberia oder Ghana, die davon profitieren, dass die Bevölkerung im Ausland gerne in ihren heimischen Herkunftsregionen investiert, erlaubt die eritreische Regierung keine Direktinvestitionen in den Herkunftsdörfern oder die Gründung von Kleinunternehmen vor Ort. Dies wird als regionalistisch und rückwärtsgewandt gebrandmarkt – allein die Regierung soll die Kontrolle über vermeintliche Investitionen auf dem Lande behalten. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Entwicklung fördern könnten, sind verboten.

Daher hat die Diaspora weder Kontrolle über die Verwendung der Steuer, die sie entrichtet, noch kann sie privat Einfluss auf die Entwicklung bestimmter Regionen nehmen. Es bleibt ihr nur, nach Möglichkeit den Lebensunterhalt ihrer Großfamilien zu sichern, deren arbeitsfähige Mitglieder meist im Nationaldienst gefangen sind. Aufgrund dieser hoffnungslosen Situation ziehen es viele von ihnen vor, den Exodus dieser Personen – also die illegale Flucht aus dem Land und die anschließende Weiterreise nach Europa oder zu anderen Zielen – mit Hilfe von Menschenschmugglern zu finanzieren.³³

5.3. Neue Ansätze der informellen Überwachung: die Infiltration der Orthodoxen Kirchengemeinden

Trotz aller Bemühungen gelingt es dem „langen Arm“ des eritreischen Regimes nicht, alle Diaspora-Eritreer unter Kontrolle zu bringen, was sich an den kontinuierlichen, und sich seit

³³ Styan, David (2007) 'Discussion paper', S. 16–18.

dem Friedensschluss mit Äthiopien 2018 wieder intensivierenden Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Opposition zeigt. Die Geflüchteten, die seit 2002 und vermehrt seit 2014 in Europa Aufnahme gefunden haben, zeigen sich dem Regime gegenüber besonders kritisch, da sie allesamt unter ihm gelitten haben und meist im Nationaldienst Zwangsarbeit, Unterdrückung und Misshandlungen miterlebt haben, oder Zeugen wurden, wie dies ihren Angehörigen und Freunden widerfuhr. Daher besuchen wesentlich weniger Geflüchtete die *Mahbere.koms* oder nehmen an Festivals oder anderen Regierungsveranstaltungen teil als Mitglieder der etablierten Diaspora. Die Autorin führte 2018/19 ein Feldforschungsprojekt durch, während dessen etwa hundert Eritreer*innen in verschiedenen europäischen Städten interviewt wurden. Diese Forschung ergab, dass das Regime alternative Mechanismen entwickelt hat, um an das Geld der Geflüchteten zu kommen. Aufgrund zahlreicher Aussagen von Diaspora-Mitgliedern in Großbritannien, Norwegen und Deutschland, darunter einem katholischen Diakon, konnte in Erfahrung gebracht werden, dass die Regierung vermeintliche Geistliche in die orthodoxen Kirchengemeinden einschleust, um die meist jüngeren Eritreer*innen der Flüchtlingsgeneration, die dort zusammenkommen zu überwachen. Zudem müssen sie trotz ihres geringen Einkommens Gebühren für Hochzeiten und Taufen zahlen, deren Verbleib ungewiss ist und die nach Aussagen der Informanten vermutlich an Eritreas Staatskasse weitergeleitet wird. Dabei frequentieren die Geflüchteten gerade deshalb die Kirche, weil sie sich vor den nationalistischen Organisationen des Regimes schützen wollen und daher den *Mahbere.koms* fernbleiben. Unter der etablierten Diaspora sind eher wenige Kirchgänger zu finden, da sie unter dem marxistischen Einfluss der EPLF sozialisiert wurden. Möglich ist, dass das Regime auch Organisationen muslimischer Eritreer, die sich teilweise entlang regionaler und ethnischer Linien ausrichten infiltriert hat, um deren Aktivitäten zu überwachen, Zwietracht zu sähen und evtl. and Finanzquellen zu gelangen.

6. Die Politik der EU gegenüber Eritrea

Die eritreische Regierung hat das wahre Ausmaß des Massenexodus zwar nie zugegeben, benutzt die steigende Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge aber als Werkzeug, um europäische Politiker zu beeinflussen. Dabei hat das Regime eine gewisse Tradition entwickelt, die Europäer beliebig an der Nase herumzuführen. So hatte die EU 2007 einen Betrag von 122 Millionen Euro an Entwicklungshilfe für Eritrea bewilligt. Im Jahr 2011 beendete die eritreische

Regierung dann einseitig die Zusammenarbeit, vermutlich weil sie sich beträchtliche Einnahmen aus dem Goldabbau versprach, der in diesem Jahr in Bisha im westlichen Tiefland aufgenommen wurde. Fünf Jahre später waren europäische Gelder dann wieder willkommen, und zahlreiche europäische Politiker versuchten gleichzeitig, den „Ansturm“ eritreischer Flüchtlinge durch die Vergabe von Entwicklungshilfe an die Regierung zu stoppen. Sowohl 2014 als auch 2015 hatten nach UNHCR-Angaben jeweils ca. 37.000 eritreische Flüchtlinge Europa erreicht.³⁴

Als Folge schickten Italien, Norwegen, Dänemark, die Schweiz, Großbritannien und Deutschland Delegationen nach Asmara, um über die Fluchtbewegung mit dem Präsidenten und dessen Berater Yemane Gebreab zu diskutieren und nebenbei auch die Menschenrechtslage anzusprechen. Im Dezember 2015 bewilligte die EU dann erneut 200 Millionen Euro durch den 11. Europäischen Entwicklungsfonds, vorgeblich mit dem Ziel, den Energiesektor zu stärken und der Regierung bei der Entwicklung besserer Statistiken zu helfen³⁵ - Maßnahmen, die kaum geeignet sein dürften, junge Menschen von der Flucht abzuhalten. Die eritreische Charmoffensive des Jahres 2015 kann als Versuch gewertet werden, die internationale Reputation zu verbessern, ohne in Wahrheit Reformen anzustreben. Man ließ einige Journalistenteams ins Land, die unter Aufsicht von Regierungsagenten ausgewählte Kliniken und andere Projekte besuchten. Präsidentenberater Yemane Gebreab versprach gar eine Verkürzung des Nationaldienstes auf 18 Monate als Gegenleistung für die Förderung von Berufsausbildungsprogrammen.³⁶ Diese angeblichen Reformpläne wurden allerdings der Bevölkerung verschwiegen und ein Jahr später sang- und klanglos zurückgenommen – als nämlich aufgrund des Jemen-Krieges vermehrt Gelder aus Saudi-Arabien und den VAE flossen und Europas finanzielle Unterstützung an Bedeutung verlor. Von den 200 Millionen Euro, die durch die EU bewilligt wurden, ist bislang nur ein Bruchteil verbraucht, auch weil es keine unabhängigen nichtstaatlichen Organisationen gibt, mit denen die EU vor Ort zusammenarbeiten könnte. Selbst nach dem Friedensschluss mit Äthiopien hat die eritreische Regierung keine Nationaldienstreform angekündigt. Diese würde

³⁴ UN News, 24. Juni 2015, Thousands of Civilians Fleeing 'Rule of Fear'.

³⁵ European Commission, 11. Dezember 2015.

³⁶ Madote.com, April 2015.

ein groß angelegtes Demobilisierungsprogramm und vor allem eine Liberalisierung der Kommandowirtschaft erfordern, die das Regime mit Sicherheit nicht anstrebt.

Neben dem Versuch, die Beziehungen mit der eritreischen Regierung zu stärken, begründete die EU in Herbst 2014 den Khartum-Prozess, der dazu dienen soll, in Zusammenarbeit mit den undemokratischen Regierungen des Sudan, Eritreas und Äthiopiens illegale Migration sowie Menschenhandel einzudämmen. Ziel ist es, die zunehmende Zahl von Flüchtlingen, die aus Ostafrika kommend Europa erreichten, zu begrenzen. Das Magazin Der Spiegel und Report Mainz konnten herausfinden, dass die EU-Kommission dabei zunächst plante, über die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die technische Grenzausstattung des Sudan zu verbessern und Grenzschutzpersonal auszubilden, um ankommende Flüchtlinge besser abwehren zu können, und dies trotz Schießbefehl auf der eritreischen Seite der Grenze. Diese hochkontroverse Maßnahme sollte der Öffentlichkeit verborgen bleiben und wurde letztendlich aufgrund der Destabilisierung der politischen Verhältnisse im Sudan nie implementiert.

Allerdings wurden Gelder zur Eindämmung der Migration an den sudanesischen Präsidenten Omar Al-Bashir gezahlt, die dann an die sogenannten *Rapid Support Forces* (RSF) flossen, eine Nachfolgeorganisation der Djanjawid-Milizen, die in Darfur Massaker an der Zivilbevölkerung begingen. Die RSF machten sich fortan daran, Flüchtlinge auf der Durchreise Richtung Libyen aufzuhalten, zu verhaften und teilweise nach Eritrea abzuschieben. Es ist anzunehmen, dass die RSF auch beträchtliche Einnahmen durch die Zahlung von Bestechungsgeldern erhielt und Geflüchtete sich mit Hilfe ihrer Verwandten in der Diaspora freikaufen konnten. Der Anführer der RSF, Mohamed Hamdan Dagalo („Hemeti“) konnte sich jedenfalls über die Jahre massiv bereichern und ist seit dem Sturz des langjährigen Diktators Omar Al-Bashir im Jahr 2019 der starke Mann in der sudanesischen Übergangsregierung. Diese Entwicklungen haben nicht dazu beigetragen, das Ziel der EU, die Fluchtursachen zu bekämpfen, umzusetzen. Dabei hat die EU selbst festgestellt, dass die Hauptfluchtursachen aus Eritrea der zeitlich unbefristete Nationaldienst, die Unterdrückung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Rechte sowie fehlende privatwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten sind.³⁷ Dennoch hat sie weder in Eritrea selbst entschieden auf Reformen gedrängt, noch gab es Bemühungen, die oft prekären

³⁷ GSDRC (2016), Rapid fragility and migration assessment for Eritrea.

Lebensbedingungen in sudanesischen und äthiopischen Flüchtlingslagern zu verbessern, um die dort lebenden Geflüchteten zum Bleiben zu motivieren.

Auch nach dem Friedensschluss zwischen Eritrea und Äthiopien im Sommer 2018 erhöhte sich der Reformdruck durch die EU nicht. Da seither keine akute Kriegsgefahr mehr herrscht, hat die Regierung Eritreas seit dieser Zeit keine ideologische Rechtfertigung mehr, alle Einwohner im erwerbsfähigen Alter im Nationaldienst zu halten. Sie machte aber bislang keine Anstalten, das System zu reformieren, von dem hochrangige Militärs und Parteikader profitieren. Auch befürchtet man wohl Massenunruhen, da die Wirtschaft des Landes so stark geschädigt wurde, dass kaum Arbeitsplätze für demobilisierte Dienstpflichtige vorhanden wären. Die Regierung hat aber keinerlei Interesse daran, die Wirtschaft zu reformieren. Als im September die Grenze zu Äthiopien erstmals seit 20 Jahren wieder geöffnet wurde, nutzen denn auch tausende Eritreer*innen die Möglichkeit, legal über die Grenze zu gehen. Tausende blieben in Äthiopien oder setzten ihre Flucht in andere Länder fort. Gleichzeitig kamen äthiopische Händler ins Land, um knappe Waren zu verkaufen. Folglich schloss die Regierung die Grenze nach wenigen Monaten wieder, um den alten Status Quo wiederherzustellen und die Kontrolle zu behalten.

7. Die Rolle deutscher Institutionen

Eritreische Flüchtlinge, die in Deutschland einen Antrag auf Asyl stellen, haben eine relativ hohe Anerkennungsquote, auch wenn zunehmend nur subsidiärer Schutz gewährt wird. Ein Problem ist, dass die eritreischen diplomatischen Vertretungen in Deutschland – das Konsulat in Frankfurt a.M. und die Botschaft in Berlin ihre Staatsbürger*innen registrieren und versuchen, diese zur Zahlung der Diasporasteuer zu bewegen. Die große Mehrzahl der Geflüchteten sind nicht gewillt, diese Steuer zu zahlen, da allgemein zu Recht davon ausgegangen wird, dass dieses Geld nicht der Bevölkerung im Lande zugutekommt, sondern teilweise zur Finanzierung der Auslandsvertretungen und ihren Aktivitäten verwendet wird und ansonsten in dunklen Kanälen verschwindet.

Es geschieht dennoch regelmäßig, dass deutsche Behörden auf verschiedenen Ebenen Dokumente von eritreischen Geflüchteten verlangen, die sie zwingen, eritreische Behörden aufzusuchen, um von diesen Dokumente zu erhalten. Dabei kann es sich um Pässe als Voraussetzung zur Einbürgerung handeln, um Geburtsurkunden, Heiratsurkunden oder Ledigkeitsbescheinigungen. Die eritreischen Vertretungen verlangen in der Regel, dass die Diasporasteuer lückenlos für alle Jahre (rückwirkend bis zum Zeitpunkt des Verlassens des

Landes bzw. längstenfalls bis 1992 – dem ersten Jahr, in dem die Steuer erhoben wurde) bezahlt wird, bevor solche Dokumente ausgestellt werden. Dies kann bedeuten, dass hohe Summen fällig werden, wenn sich die betreffende Person schon Jahre außerhalb Eritreas aufhält. Zudem ist es möglich, dass Geflüchtete den so genannten „Reuebrief“ unterschreiben müssen, in dem sie sich verpflichten, künftig regelmäßig die Diasporasteuer zu bezahlen.

Es scheint den deutschen Behörden oft nicht bewusst zu sein, dass sie anerkannte Flüchtlinge, die hier einen Schutzstatus genießen, zu den Vertretungen des Regimes schicken, vor dem sie geflüchtet sind, und dass sie somit indirekt autokratische Herrschaftsstrukturen in Eritrea unterstützen.

8. Ausblick: Optionen internationaler Migrationsgovernance

Die Geschichte Eritreas ist eng mit der Flucht beträchtlicher Teile der Bevölkerung verknüpft, die seit der Zeit des Unabhängigkeitskrieges von Äthiopien (1961-1991) das Land verlassen haben. Schon damals entstanden in Deutschland und anderen europäischen Ländern eritreische Communities mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Alle erhielten ein Bleiberecht und nahmen meist die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes an. Sie integrierten sich erfolgreich, behielten aber ihr eritreisches Nationalbewusstsein bei. Diese etablierte eritreische Diaspora bildet die Grundlage des transnationalen Systems des eritreischen Staates, der seine Bürger*innen im Ausland überwacht und ihnen finanzielle Abgaben in Form einer Diasporasteuer abverlangt.

Seit der Einführung eines zeitlich unbefristeten Militär- und Nationaldienstes im Jahr 2002 sind hunderttausende EritreerInnen aus ihrer Heimat geflüchtet; nur ein kleiner Teil von ihnen erreichte jedoch Europa. Dennoch versucht die EU seit der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 Migration aus Ostafrika durch den Khartum-Prozess einzudämmen, indem sie undemokratische Regierungen unterstützt, das „Migrationsmanagement“ zu verstärken. Erfolge bei der Fluchtursachenbekämpfung sind im Falle Eritreas bislang nicht zu verzeichnen, da die EU und ihre Mitgliedsstaaten, einschließlich Deutschland, bisher keinerlei wirksamen Druck auf die eritreische Regierung ausgeübt haben, den Nationaldienst als Hauptfluchtursache zu reformieren. Auch wenn derzeit weniger geflüchtete Eritreer*innen in Europa ankommen, weil die Durchquerung der Sahara und die Überfahrt in Libyen durch migrationspolitische Maßnahmen erheblich erschwert wurden, geht die Massenflucht aus Eritrea weiter, und das Land wird auf absehbare Zeit Flüchtlingsproduzent bleiben. Die einzige Option, die der internationalen Gemeinschaft bleiben würde, wäre eine Erhöhung des

Reformdrucks auf die eritreische Regierung, die besonders seit dem Friedensschluss mit Äthiopien 2018 keine Rechtfertigung mehr für die Aufrechterhaltung des ausufernden Nationaldienstes hat, der das soziale Gefüge des Landes völlig zu zerstören droht.

9. Literaturverzeichnis

- Anderson, Benedict (1983), *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Conrad, Bettina (2010), "We are the Prisoners of our Dreams:" Long-distance Nationalism and the Eritrean Diaspora in Germany. Hamburg, Dissertation.
- Eritrean Smart.org, 16. Juni 2015, Demonstration against all hostilities, 22 June Geneva, <http://www.eritrean-smart.org/content/june-22-eritrean-global-action-day-defiance-geneva>.
- European Commission (2015), 11 December. Press Release. EU announces support for poverty eradication in Eritrea, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6298_en.htm.
- Evangelisches Missionswerk (2015): *Eritrea: von der Befreiung zur Unterdrückung*. Hamburg
- Fessehazion, Tekle (2005), Eritrea's Remittance-Based Economy: Conjectures and Musings, in *Eritrean Studies Review* 4(2), S. 165 – 184.
- GSDRC (2016), *Rapid fragility and migration assessment for Eritrea* (Rapid Literature Review), University of Birmingham, prepared for the European Commission's Instrument Contributing to Stability and Peace.
- Hirt, Nicole and Abdulkader Saleh Mohammad (2018), The Lack of Political Space of the Eritrean Diaspora in the Arab Gulf and Sudan: Torn between and autocratic home and authoritarian hosts, in: *Mashriq & Mahjar Journal of Middle East and North African Migration Studies*, NC State University 5(1), S. 101-126.
- Hirt, Nicole (2015), The Eritrean Diaspora and its Impact on Regime Stability: Responses to UN Sanctions, in: *African Affairs* 114 (454), S. 115-135.
- Hirt, Nicole and Abdulkader Saleh Mohammad (2013), "Dreams Don't Come True in Eritrea": Anomie and Family Disintegration due to the Structural Militarization of Society', in: *Journal of Modern African Studies*, 51 (1), March, S. 139 – 168.
- Höhne Markus V., Dereje Feyissa, und Mahdi Abdille (2011). Somali and Ethiopian diasporic engagement for peace in the Horn of Africa, in *African Conflict and Peacebuilding Review* 1 (1), S. 71–99, S. 73.

- Human Rights Watch (2019), They are Making Us into Slaves, not Educating Us. How indefinite conscription restricts young people's rights, access to education in Eritrea, <https://www.hrw.org/report/2019/08/08/they-are-making-us-slaves-not-educating-us/how-indefinite-conscription-restricts>.
- Kibreab, Gaim (2017) "The Eritrean National Service. Servitude for the 'common good' and the mass exodus. Woodbridge: Routledge.
- Kibreab, Gaim (2009). Forced Labour in Eritrea, in *Journal of Modern African Studies*, 47(1), S. 41-72.
- Kibreab, Gaim (2007). The Eritrean Diaspora, the War of Independence, Post-Conflict (Re)-construction and Democratisation. In U. Johansson Dahre (Hrsg.): *The Role of Diaspora in Peace, Democracy and Development in the Horn of Africa*. Research Report in Social Anthropology 1, S. 97-115. Lund University.
- Khalid Koser (2003), Mobilizing new African diasporas: An Eritrean case study, in Khalid Koser (Hrsg.), *New African Diasporas*. Routledge: London, S. 111–23, S. 113.
- Lyons, Terrence and Peter Mandaville (2012), "Introduction: Politics from afar: Transnational diasporas and networks", in *ibid. Politics from Afar: Transnational Diasporas and Networks*, Hurst: London, S. 1-23.
- Madote.com, April 2015, Yemeane (sic!) Ghebreab speaks on Eritrea Limiting National Service to 18 months, <http://www.madote.com/2015/04/yemeane-ghebreab-speaks-on-limiting.html>.
- Mohammad, Abdulkader Saleh and Kjetil Tronvoll (2015), *Eritrean opposition parties and civic organisations*, NOREF Expert Analysis, http://peacebuilding.no/var/ezflow_site/storage/original/application/9f9d5d39afa27ee550f5632f9b6d03e4.pdf.
- Pool, Amanda (2013), Ransoms, Remittances, and Refugees: The Gatekeeper State in Eritrea, in *Africa Today*, 60 (2), Special Issue: Postliberation Eritrea, S. 67-82.
- Radtke, Katrin (2009), Mobilisierung der Diaspora: Die moralische Ökonomie der Bürgerkriege in Sri Lanka und Eritrea, Campus Verlag: Frankfurt/Main.
- Redeker Hepner, Tricia (2008), Transnational governance and the centralization of state power in Eritrea and exile, *Ethnic and Racial Studies* 31 (3), S. 476–502, S. 477.
- Reliefweb, Eritrea Country Profile, updated June 2016, <http://reliefweb.int/report/eritrea/eritrea-country-profile-updated-june-2016>.

- SAHAN/IGAD (2016), Human Trafficking and Smuggling on the Horn of Africa-Central Mediterranean Route,
http://igad.int/attachments/1284_ISSP%20Sahan%20HST%20Report%20%2018ii2016%20FINAL%20FINAL.pdf.
- Styan, David (2007), Discussion Paper: The evolution, uses and abuses of remittances in the Eritrean economy, in *Eritrea's Economic Survival Conference Proceedings*, Chatham House, London, S. 13-22.
- Tecele, Samia (2012), The paradoxes of state-led transnationalism: Capturing continuity, change and rupture in the Eritrean transnational field. York University, Toronto, MA Thesis.
- Tesfanews, 2. August 2019: "Sawa: Silver Jubilee of National Service Celebrated",
<https://www.tesfanews.net/eritrea-national-service-silver-jubilee-celebrated/>.
- UN News, 24. Juni 2015, Thousands of Civilians Fleeing 'Rule of Fear' in Eritrea, say UN experts, warning of gross rights abuses,
<https://news.un.org/en/story/2015/06/502522-thousands-civilians-fleeing-rule-fear-eritrea-say-un-experts-warning-gross>.
- United Nations, Security Council, Report of the Monitoring Group on Somalia and Eritrea submitted in accordance with resolution 1916 (2010), S/2011/433.
- World Bank (1994), Eritrea: Options and strategies for growth, World Bank Report No. 12930-ER, Washington DC, S. ii.